



ABORIGINAL AUSTRALIANS

Menschen im Elend brauchen Fürsprecher!

Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Teresa Jans, Yvonne Bangert

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Tanja Wieczorek, Lewis Rangno, Michaela Böttcher

Titelfoto: ABC Open Riverland/ Flickr CC BY 2.0

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Mai 2018

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Jessica Mauboy und ihr Engagement für Bildung.....	5
3. Die zweite 'Stolen Generation' - Vermächtnis vergangener Politik.....	7
4. Inhaftierungen von Aboriginal People.....	10
3.1 Jugendliche Aboriginal People in Haft.....	11
3.2 Verhaftungen wegen Bagatelldelikten.....	13
5. Die Selbstmordrate von Aboriginal People – ein radikaler Lösungsweg ist nötig.....	14
6. Zusammenfassung.....	16

1. Einleitung

Die *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV) nimmt die Teilnahme der indigenen Künstlerin Jessica Mauboy am *Eurovision Song Contest* in Lissabon (8.-12. Mai 2018) zum Anlass, ein Memorandum zur Menschenrechtssituation der Aboriginal Australians herauszugeben. Jessica Mauboy ist eine der bekanntesten Sängerinnen, Songschreiberinnen und Schauspielerinnen Australiens. Sie verleugnet ihre indigenen Wurzeln nicht, sondern nutzt ihre Prominenz, um zweisprachige und bi-kulturelle Bildungsprojekte für indigene Kinder, insbesondere im Outback, zu unterstützen.

Australiens indigene Völker nennen sich selbst Aboriginal Australians oder Indigenous Australians. Man schätzt, dass es vor Beginn der Kolonialzeit etwa 700.000 Menschen in Australien gab, die sich auf etwa 300 Sprachgruppen und etwa 600 Dialekte verteilten. Die romantisierende Vorstellung von den Aboriginal People als nomadisierende Jäger, Fischer und Sammler ist falsch. Stattdessen gibt es inzwischen ausreichend Hinweise, dass sie damals auch feste Häuser und Siedlungen bauten und Nutzpflanzen anbauten. Die ersten Europäer erkannten dies nicht und bezeichneten Australien als terra nullius, als Niemandsland, das man ungestraft in Besitz nehmen konnte, ohne Nutzungs- oder Abtretungsverträge mit den Einwohnern zu schließen. Daher sind die Aboriginal Australians heute völkerrechtlich schlechter gestellt als die First Nations in Kanada oder die Maori in Neuseeland.

Angaben über den heutigen Bevölkerungsanteil der Aboriginal Australians bewegen sich zwischen 2,8 Prozent und 3,0 Prozent, was in absoluten Zahlen in etwa 700.000 Menschen entspricht. 80 Prozent von ihnen leben in den Städten, die übrigen in den dünnbesiedelten Gebieten Australiens, die als Outback oder remote areas bekannt sind.

2. Jessica Mauboy und ihr Engagement für Bildung



Foto: Paul Crush/ Wikimedia Commons CC BY-SA 2.0

Jessica Hilda Mauboy ist eine der prominentesten Sängerinnen, Songschreiberinnen und Schauspielerinnen Australiens. Sie wurde am 4. August 1989 in Darwin (Northern Territory) geboren. Ihr Vater stammt aus Indonesien, ihre Mutter gehört zur Aboriginal Nation der Kuku Yalanji, die im Norden von Queensland lebt. Durch viele Aufenthalte in einsam gelegenen indigenen Gemeinden kennt Jessica Mauboy die Probleme, die sich indigenen Kindern dort für den Zugang zum Bildungswesen stellen, sehr gut. „Kinder aus diesen Gemeinden sprechen oft mehrere Sprachen, wobei Englisch aber oft nicht ihre erste Sprache ist; daher

haben sie häufig Probleme, in der Schule mitzukommen“, wird sie von der Stiftung für Lese- und Schreibfähigkeit der Indigenen Australiens zitiert, deren Botschafterin sie 2009 und 2015 war. Schon als Kind sang Mauboy im Kirchenchor. Mit 14 Jahren gewann sie eine Talentshow und bekam einen Plattenvertrag mit Sony Music Australia, aber der Durchbruch blieb aus. 2006 kam sie auf den zweiten Platz bei dem Talentwettbewerb Australian Idol. Sony Music Australia nahm sie erneut unter Vertrag. Ihr Debütalbum „The Journey“ wurde 2007 ein Riesenerfolg, der mit der Goldenen Schallplatte belohnt wurde. 2008 erschien das Album „Been waiting“, das sogar mit Platin ausgezeichnet wurde. Seitdem ist Mauboy ein Star.

Jessica Mauboy setzt sich ganz besonders dafür ein, dass indigene Kinder gerade in den isoliert gelegenen Siedlungen (remote communities) Zugang zu Bildung bekommen. 2009 und 2015 vertrat sie die *Indigenous Literacy Foundation* (ILF) als Botschafterin. Die Stiftung arbeitet in mehr als 250 dieser remote communities, spendet Bücher und betreibt Leseförderung. Außerdem ermutigt sie die Gemeinden, ihre eigene Geschichte auch selbst festzuhalten und zu publizieren.

Mauboy unterstützt die gemeinnützige Organisation *Yalari*. Diese bietet seit 2005 indigenen Kindern aus abgelegenen Gemeinschaften aus ganz Australien die Möglichkeit, in Internaten eine weiterführende Schulbildung zu erwerben. 2018 fördert *Yalari* 187 Stipendiaten in diesen Schulen. 313 Absolventen des Schulprogramms studieren an Universitäten, sind berufstätig oder in einer Ausbildung (www.yalari.org). 2013 war die Singersongwriterin Schirmherrin der selbstverwalteten *Yipirinya* Schule in Alice Springs im Northern Territory. *Yipirinya* bietet derzeit etwa 150 indigenen Schülerinnen und Schülern eine zweisprachige Ausbildung an, die auf beiden Kulturen, der indigenen und der nicht-indigenen, fußt.

Für Aboriginal Jugendliche gilt Mauboy als Vorbild. Sie verleugnet ihre Wurzeln nicht, sondern nutzt ihre Popularität, wenn sie sich für die Interessen indigener Kinder einsetzt. Jessica Mauboy hat Australien schon mehrfach bei internationalen Anlässen vertreten. 2014 nahm sie am Rahmenprogramm des *Eurovision Song Contest* (ESC) in Kopenhagen teil. Beim ESC in Lissabon bewirbt sie sich am 10. Mai 2018 im 2. Halbfinale um den Einzug ins Finale des Wettbewerbs am 12. Mai.

Ihre Teilnahme an einem der Vorabkonzerte zum ESC am 10. April 2018 in Tel Aviv trug ihr heftige Kritik ein. 25 Teilnehmer des ESC trugen bei diesem *Israel Calling* genannten Event ihre Wettbewerbslieder für Lissabon vor. In einem an Mauboy gerichteten Offenen Brief, der am 2. Mai 2018 in der Online-Publikation *New Matilda* erschien, ziehen die neun indigenen, jüdischen und palästinensischen Unterzeichner eine Parallele zwischen den an Aboriginal Australians durch Kolonialtruppen begangenen Gräueltaten und den Menschenrechtsverletzungen Israels an der palästinensischen Zivilbevölkerung in der jüngsten Vergangenheit. Sie schreiben unter anderem: „Das Mindeste, was wir von Dir erwarten können, ist Deine Solidarität mit den Palästinensern, die mit uns im weltweiten Kampf so vieles gemeinsam haben. Es wäre sehr einfach gewesen, die Teilnahme abzulehnen. Stattdessen hast Du Dich an einem Propaganda-Festival beteiligt für ein Regime, das in den vergangenen Monaten einmal mehr seine traditionelle Brutalität gegenüber den Palästinensern gezeigt hat.“

3. Die zweite 'Stolen Generation' - Vermächtnis vergangener Politik

„Ich weiß nicht was ich tun soll. Kinder, die nach ihren Müttern und Vätern schreien. Sie sind nicht berechtigt diese Kinder fortzubringen.“ Andrew Dowadi, Ältester der Maningrida

Schon seit mehr als 100 Jahre leiden die Aboriginal Australians unter gewaltsamem Kindesentzug. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die Auffassungen der Rassenlehre auch auf dem fünften Kontinent verbreitet. Die Indigenen sollten ihrer Kultur beraubt und in die moderne weiße Gesellschaft zwangsintegriert werden. Das Ziel war es, die Aboriginal People als eigenständige ethnische Gruppe verschwinden zu lassen. Mit ihrer dunkleren Haut galten sie als minderwertig. Sie hatten weder einen sozialen noch einen juristischen Status. Deswegen war in den meisten Bundesstaaten kein Gerichtsbeschluss notwendig, um den Familien ihre Kinder wegzunehmen. Ihnen sollte die Tür in die weiße Gesellschaft „geöffnet“ werden. Zwischen 1900 und den frühen 1970er Jahren wurden bis zu 100.000 Aboriginal-Kinder systematisch von ihren Eltern weggenommen und Hunderte von Kilometern entfernt in christliche Heime gebracht. Diese Entführungen waren vom Staat angeordnet und organisiert. Es traf vor allem die hellhäutigeren „Mischlingskinder“, denen man die Integration eher zutraute als denen mit dunklerer Hautfarbe. Familien wurden auseinandergerissen und viele haben nie wieder zusammengefunden. Später dienten die Kinder als billige Arbeitskräfte auf den Feldern oder in Privathaushalten der weißen Australier. Ein Bericht der australischen Regierung aus dem Jahr 1997 kam zu dem Schluss, dass die verschleppten Kinder sich keineswegs besser in die weiße Gesellschaft eingegliedert hatten als diejenigen, die in ihren Familien geblieben waren. Kinder, die in Heimen aufwuchsen, brachen eher die Schule ab, wurden häufiger straffällig und drogenabhängig. Erst am 13. Februar 2008 entschuldigte sich der damalige Premierminister Kevin Rudd (Australian Labor Party) in seiner „Sorry-Speech“ vor dem Parlament in Canberra für diese Politik des Kindsentzugs. Bis heute leiden die Mitglieder der *Stolen Generation* und ihre Nachfahren unter den Geschehnissen.

Doch die Praxis, den Australian Aboriginals Kinder wegzunehmen, wurde bis heute beibehalten: Nie wurden mehr Aboriginal-Kinder aus ihren Familien genommen als heute. Meistens passiert dies rasch und ohne Vorwarnung, was viele Zeugenberichte belegen. Die Begründung lautet: Vernachlässigung. Dabei beruht die weit verbreitete Armut in den Aboriginal-Gemeinden auf der jahrelangen systematischen Diskriminierung des Staates. Kinder werden aus überfüllten Wohnhäusern oder von obdachlosen Eltern weggeholt, während sich die Regierung gleichzeitig weigert, neue Häuser zu bauen oder sogar ganze Aboriginal-Gemeinden schließt, indem ihnen die nötige Infrastruktur wie die Strom- oder Wasserversorgung nicht mehr finanziert wird. Oft gibt es jedoch keinen offensichtlichen Grund, warum die Kinder entzogen werden. So können zum Beispiel Großeltern, die sich jahrelang ohne Probleme um ihre Enkel und andere Kinder gekümmert haben, auf einmal das Recht zur Pflegschaft verlieren. Es wird deutlich, dass westlichen Familienkonzepten und Erziehungsstrategien Vorrang vor den Verwandtschaftssystemen der Aboriginal People gegeben wird. Aufgrund des schlechten Zustands des Rechtshilfewesens können viele Aboriginal-Eltern gerichtlich nicht gegen die Vorwürfe, die gegen sie erhoben werden, vorgehen.

Nicht nur für die Kinder, sondern auch für alle Angehörigen ist Kindesentzug ein äußerst traumatisches Erlebnis. Die Kinder kommen, wenn überhaupt, als Fremde in ihre eigene Kultur zurück. Seit der „Sorry-Speech“ von 2008 hat sich die Zahl der Kinder in Pflege verdoppelt. 2007/08 waren 9.070 Kinder der Aboriginal und Torres-Strait-Inselbewohner in Pflegefamilien untergebracht, 2016/17 fast 17.700.

Den Familien muss geholfen werden, bevor ihnen die Kinder entzogen werden. Doch es fehlt an Strategien dafür, wie Kinder in ihren Familien und damit in ihrer kulturellen Umgebung bleiben können bzw. wie die Familien ihre Kinder zurückbekommen können. Das System ist strafend und nicht unterstützend. Indigene Kinder landen fast zehn Mal öfter in Pflegschaft als nicht indigene Kinder. Und es werden immer mehr. Allein in den zurückliegenden zwei Jahren seit Juni 2016 wurden 34 Prozent aller Aboriginal-Kinder bei nicht-indigenen Pflegeeltern untergebracht. Dies widerspricht dem Aboriginal and Torres Strait Islander Child Placement Principle, das besagt, dass

indigene Kinder bei ihrer Verwandtschaft oder in ihrer Gemeinde untergebracht werden sollen und, wenn das nicht möglich ist, bei anderen Aboriginal-Pflegeeltern. Das unterbleibt regelmäßig. Nicht-indigene Pflegefamilien sind die schlechtmöglichste Option. Im Juni 2016 waren im Northern Territory 1.020 Kinder in Pflege. 89 Prozent davon waren indigene Kinder, von ihnen waren nur 36 Prozent bei Aboriginal-Pflegeeltern untergebracht. Es gibt Berichte über Fälle von Misshandlungen von Kindern in der Obhut von weißen Pflegeeltern.

Das *Aboriginal and Torres Strait Islander Child Placement Principle* entstand aus einer Bürgerbewegung von *Aboriginal and Islander Child Care Agencies (AICCAs)* während der 70er Jahre. Es sollte die harschen Praktiken und Strategien der aufgezwungenen Wegnahme abschaffen. Mit der Zeit wurde das Principle in die Gesetzgebung und Politik in allen australischen Staaten und Gebieten eingeführt.

Das grundlegende Ziel ist es, die Verbindung von Aboriginal-Kindern mit ihrer Familie, Gemeinde und Kultur zu verbessern und zu erhalten. Ihre Identität sollte bewahrt werden. Das Principle gibt folgenden Prioritäten vor (absteigende Reihenfolge): Das Kind wird innerhalb der Familie oder in erweiterten Verwandtschaftsverbänden untergebracht; bei nicht verwandten Pflegefamilien in der Gemeinde des Kindes; bei Pflegefamilien in anderen Aboriginal-Gemeinden. Erst wenn es keine Möglichkeit mehr gibt, das Kind bei indigenen Pflegefamilien unterzubringen, kommt es zu nicht-indigenen Pflegeeltern.

Wenn keine Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Aboriginal Australians ergriffen werden, muss befürchtet werden, dass sich die Anzahl der Aboriginal-Kinder in Pflege bis 2036 verdreifacht.

Im Norden von Queensland packt nun eine Gruppe Ältester (Elders) der Aboriginal People das Problem an und arbeitet mit indigenen Problemfamilien. Jugendliche aus diesen Familien sind besonders gefährdet, in die Kriminalität abzurutschen. Dies wollen die Ältesten verhindern. Junge Straftäter werden oft zu ihrer eigenen Sicherheit

aus ihren Problemfamilien herausgenommen. Die Initiative der Ältesten zeigt schon jetzt, dass frühe Intervention und Unterstützung die Kriminalitätsraten senkt.

Das Ministerium für Kinder und Familien entscheidet allein, ob es richtig oder falsch ist, die Kinder von den Familien zu trennen. Die Aboriginal People werden nicht miteinbezogen und sehen sich deshalb in ihrer Autorität untergraben. Im März 2018 protestierten Aboriginal Australians vor der Zentrale des Channel 7 Fernsehstudios am Martin Place in Sydney, in dem eine Gruppe Weißer über die Wegnahme indigener Kinder diskutierte, entschieden dagegen. „Die australische Regierung hat ihre Lektion aus den Stolen Generations nicht gelernt“, kritisiert David Shoebridge (Grünen Partei, NSW). Eine Vereinigung angesehener Ältester im Northern Territory versucht nun, indigene Familien zu unterstützen, die vor Gericht um ihre Kinder kämpfen. Mittlerweile spricht auch die Gesetzgebung im Northern Territory davon, dass indigene Gemeinschaften in die Entscheidungen des Ministeriums miteinbezogen werden sollten.

4. Inhaftierungen von Aboriginal People

Die Zahl inhaftierter erwachsener Indigener steigt in Australien jedes Jahr. 28 Prozent aller Gefängnisinsassen sind Aboriginal und Torres Strait Islander People. Einer von neun Aboriginal und Torres Strait Islander People war im Laufe seines Lebens im Gefängnis, das sind bis zu 100.000 Menschen. 70 Prozent der Familien von Aboriginal und Torres Strait Islander People haben ein Mitglied, das im Gefängnis war oder gerade ist. Innerhalb Australiens sind die Häftlingszahlen im Northern Territory und Western Australia besonders hoch. Bagatelvergehen werden gerade in diesen beiden Gebieten besonders hart bestraft. Sie haben eine Gesetzgebung, der zufolge unabhängig von der Schadenshöhe eine Mindeststrafe verbindlich verhängt werden muss, wenn ein Vergehen zum dritten Mal begangen wird. Wer drei Mal eine Packung Kekse oder eine Kugel Eis klaut, kann daher mit einer Haftstrafe rechnen. Weiterer häufiger Grund sind Geldstrafe, welche die oft armen Aboriginal People häufig nicht bezahlen könne. Viele

der Insassen stammen aus Familien, die nach wie vor von den Folgen der Stolen Generations traumatisiert sind.

3.1 Jugendliche Aboriginal People in Haft

„Diese Dinge passierten unseren Kindern unter unserer Beobachtung, in unserem Land.“ Margaret White und Mick Gooda, Co-Beauftragte

Im Don Dale Centre, einem Jugendgefängnis in Darwin im Northern Territory, wurden Jugendliche über viele Jahre schwer misshandelt, sehr viele von ihnen waren Aboriginal Australians. So wurde ein halbnackter Junge auf einem Stuhl festgebunden, die Arme und den Kopf mit Riemen am Stuhl fixiert und eine Kapuze über den Kopf gestülpt. Zwei Stunden musste er so dasitzen. Diese Bilder erinnerten an Folterungen wie in Guantánamo Bay oder Abu Ghraib. 14 bis 17 Jahre alte Jungen wurden von Wachen in verschlossenen Zellen mit Tränengas attackiert, andere Jugendliche wurden geschlagen oder ihnen wurden die Kleider vom Leib gerissen, und wieder andere mehr als zwei Wochen fast durchgängig in Einzelzellen ohne Tageslicht oder fließendes Wasser gesperrt. Als der Sender ABC im Juli 2016 in seinem Nachrichtenmagazin *Four Corners* Bilder dieser Misshandlungen zeigte, behauptete Adam Giles, von 2013 bis 2016 Regierungschef des Northern Territory, er habe so etwas noch nie gesehen. Er sagte: „Ich saß da und schaute mir die Bilder an und sah den Horror mit eigenen Augen.“ An den Misständen sei eine „Vertuschungskultur“ im Vollzugssystem schuld. Der Strafvollzugsminister John Elferink wurde entlassen. Auch Malcolm Turnbull, der Premierminister Australiens, zeigte sich empört. Wie alle Australier sei er schockiert. Er ordnete Untersuchungen an. Der Vorfall, bei dem Tränengas verwendet wurde, war bereits seit 2014 bekannt, die Behörden behaupteten aber, dass die Gefangenen randaliert hätten und der Einsatz nicht exzessiv gewesen sei. Die Videos von ABC widerlegten dies.

Zu solchen Vorfällen kommt es auch in anderen Jugendarrestanstalten im Land. Es wurden Forderungen nach einer Schließung des *Don Dale Centre* erhoben. Dort wurde das Gesetz gebrochen, grundlegende Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen wurden missachtet, die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Wasser, Essen oder Zugang zu sanitären Anlagen während der Haft verweigert. Außerdem wurden sie dazu aufgefordert, erniedrigende Taten zu begehen oder sich gegenseitig zu verletzen.

Es wurden Vorschläge gemacht, wie die Situation in den Arrestanstalten im Northern Territory verbessert werden könnte, z.B. durch Einbeziehung von Aboriginal Organisationen in den Kinderschutz, Jugendgerechtigkeit im Arrest, Beamte, die Erfahrungen in der Arbeit mit Jugendlichen haben, das Verbot von Tränengas, Kameras, die von den Beamten am Körper getragen werden, und Haft für Kinder unter 14 nur für schwere Delikte.

Nirgendwo sonst auf der Welt werden so viele indigene Kinder verhaftet und verurteilt wie bei den Aboriginal und Torres Strait Islandern in Australien. Das Northern Territory hat eine der landesweit höchsten Kriminalitätsraten, mehr als zwei Drittel der Häftlinge sind Aboriginal People und die Zahl steigt. In Western Australia war 2016 die Rate von indigenen Kindern im Strafvollzug 56 Mal höher als die von nicht-indigenen Kindern. Aboriginal und Torres Strait Islander Kinder werden drei Mal so oft verurteilt und inhaftiert wie nicht-indigene Kinder. Das Trauma der Inhaftierung hält lange an. Im Durchschnitt kommt ein Kind für sechs Monate in Arrest. Im ganzen Land befinden sich fast 1.000 Kinder im Jugendarrest, mehr als die Hälfte sind Aboriginal und Torres Strait Islander Kinder.

Mehr als ein Viertel aller jugendlichen Insassen waren vor ihrer Inhaftierung getrennt von ihren Familien in Pflegefamilien untergebracht. Werden sie aus dem Gefängnis entlassen, landen sie wieder bei den Pflegefamilien und früher oder später erneut in Haft. Anstatt ihnen gegen das Trauma der Trennung zu helfen, geht die Bestrafung weiter, als ob es das erklärte Ziel wäre, ihren Geist und ihre Hoffnung zu brechen. Dabei sind Menschen, die von ihrer biologischen Familie getrennt werden, die höchste Risikogruppe für schwere Depression und Suizid. Australien muss auf seine indigene

Jugend Acht geben und aufhören, ihr selbst die Schuld an ihrer Situation zu geben und sie zu bestrafen, behauptet der Gerechtigkeitsexperte Dr. Brian Steels.

3.2 Verhaftungen wegen Bagatelldelikten

Victoria Tauli-Corpuz, UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker, sagte, auf ihrer Tour durch indigene Gemeinden, Organisationen und Jugendarrestanstalten habe sie die Hoffnungslosigkeit der Aboriginal und Torres Strait Islander Kinder in Jugendhaft am meisten beunruhigt. „Ich habe mit jemandem gesprochen, der verhaftet wurde, weil er ein Stück Obst geklaut hatte“, berichtete sie. Ein anderer sei inhaftiert worden, weil er in einem Müllcontainer geschlafen hatte. Sie würden dafür bestraft, dass sie arm sind, und das Gefängnis verschärfe nur den Kreislauf der Gewalt, der Armut und des Verbrechens.

Die UN und auch die 2016 geschaffene Staatliche Kommission über den Schutz und die Inhaftierung von Kindern im Northern Territory (*Royal Commission into the Protection and Detention of Children in the Northern Territory*) haben vorgeschlagen, dass das Alter der Strafmündigkeit in Australien von zehn auf zwölf Jahre erhöht werden sollte. Tauli-Corpuz zufolge wird Australien den Anforderungen der Menschenrechte gegenüber den Aboriginal People nicht gerecht (Australien hat die 2007 verabschiedete UN-Deklaration zu den Rechten von indigenen Völkern erst mit Verzögerung 2009 unterzeichnet). Es sterben auch viele Aboriginal People in Haft, so auch am 4. August 2014 eine 22 Jahre alte Frau von der Nation der Yamatji. Sie meldete mehrmals an, dass es ihr schlecht ginge. Am Morgen ihres Todes erbrach sie sich und schlug mit dem Kopf auf dem Boden auf. Im Krankenhaus erlitt sie einen Schwächeanfall, aber die Polizeibeamten meinten, sie würde das nur vortäuschen. Kurz darauf starb sie. Ihr Tod war der 339. Tod eines Aboriginal in Haft seit 1991.

5. Die Selbstmordrate von Aboriginal People – ein radikaler Lösungsweg ist nötig

Laut dem ersten Australian Youth Development Index (YDI) ist die Suizidrate junger männlicher Aboriginal und Torres Strait Islander im Alter von 25 bis 29 Jahren mit 90,8 Suiziden pro 100,000 Einwohner die höchste in der Welt. Der YDI untersucht im Rahmen der Entwicklung der Jugend die Bereiche Bildung, Gesundheit und Wohlbefinden, Beschäftigung sowie politische und bürgerliche Partizipation. Auf einer Skala zwischen 0 und 1, wobei 1 ein perfektes Ergebnis ist, hatte das Northern Territory mit 0,254 den niedrigsten Wert. Besonders die Bereiche Gesundheit und Wohlbefinden verzeichneten die größte Verschlechterung innerhalb der zehnjährigen Periode, in der die Werte erfasst wurden (2006-2016), was die Autoren des Indexes auf einen gesteigerten Konsum von Alkohol und anderen Drogen zurückführen. Neben dem Northern Territory sind die Suizide auch in Western Australia ein großes Problem, was folgendes Beispiel zeigt.

Die Suizidrate unter Aboriginal People ist wesentlich höher als der nationale Durchschnitt, besonders in Western Australia wo sie sieben Mal höher ist. In Kimberley in Western Australia ist June Oscar, Australiens erste weibliche Beauftragte für Soziale Gerechtigkeit für Aboriginal und Torres Strait Islander, besorgt darüber, dass sich so viele junge Menschen in dem Ort Fitzroy Crossing das Leben nehmen. Sie setzt sich für Restriktionen des Alkoholkonsums ein. Damit will sie nicht nur der Anwendung von Gewalt etwas entgegensetzen, sondern auch gegen die Auswirkungen von Alkohol in der Schwangerschaft vorgehen.

Die wahrscheinlich größte gerichtsmedizinische Untersuchung in Australien (2017) betrifft den Tod von 13 jungen Aboriginal People. Sie nahmen sich innerhalb von dreieinhalb Jahren in Western Australia das Leben. Fünf der Kinder waren zwischen zehn und 13 Jahren alt. Die Untersuchung führt diese Tragödie auf das wachsende Ausmaß an Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung und Alkoholkonsum zurück. Alle Aboriginal-Jugendlichen waren Alkoholmissbrauch und häuslicher Gewalt ausgesetzt,

gingen selten in die Schule und hatten meist auch keine psychologische Hilfe gesucht. Sechs von ihnen wurden sexuell missbraucht. Viele tranken auch selbst Alkohol und konsumierten Cannabis. Es gibt detaillierte Beweise, dass einige an fetalem Alkoholsyndrom litten, einer Schädigung des Fötus durch Alkoholmissbrauch der Mutter während der Schwangerschaft. Laut Professor Edward (Ted) Wilkes (National Drug Research Institute, Curtin University in Perth, Leiter des Aboriginal Research Programme), der Angehöriger der Nyungar Aboriginal People in Western Australia ist, nehmen Aboriginal-Kinder Drogen oder Alkohol, um vor etwas Entsetzlichem zu fliehen, das ihnen wiederfahren ist. Das jüngste Kind, das sich umgebracht hat, war gerade mal zehn Jahre alt. Das Mädchen lebte bei einer Pflegefamilie, ihr Vater war im Gefängnis, die Mutter Trinkerin und ihre ältere Schwester hatte bereits drei Jahre zuvor Suizid begangen.

Der Tod eines 17-jährigen Jungen, der sich in der Stadt Broome das Leben nahm, erregte Aufmerksamkeit in den Medien. Bei der Geburt war er untergewichtig. Als er elf Monate alt war attestierte ein Arzt ihm den schlechtesten Entwicklungszustand, den er je an einem Kleinkind gesehen hatte. Im Alter von sieben Jahren wurde er von anderen Jungen sexuell missbraucht und zeigte alle Anzeichen dafür, dass seine Mutter während der Schwangerschaft Alkohol getrunken hatte. In der Zeit vor seinem Tod war er obdachlos.

Ms. Oscar empfiehlt lebenslange Betreuungspläne für Kinder mit fetalem Alkoholsyndrom. Um geeignete Strategien gegen die hohe Suizidrate auszuarbeiten, ist eine Zusammenarbeit mit der Regierung nötig, denn die schlechteste Lösung wäre es, wenn die Regierung allein den Weg für die Aboriginal People diktiert. Prof. Wilkes meint, „wenn wir unseren eigenen Weg gehen, werden wir eher Erfolg haben“. Er schlägt eine Beschränkung der Anzahl von Spirituosenhandlungen, ein Verbot des Verkaufs von Alkohol in Supermärkten und einen Mindestpreis auf Wein als Strategien vor. Außerdem ist die Aufklärung von jungen Aboriginal People über die Effekte von Alkohol und des fetalen Alkoholsyndroms wichtig. Therapiemöglichkeiten von Alkohol- und Drogenmissbrauch sollten einfacher zugänglich sein. Zudem sind sichere Häuser

nötig als Zuflucht für alle, die in Schwierigkeiten sind. Merle Carter vom Kimberley Aboriginal Law and Culture meint, die Situation habe sich seit der letzten Untersuchung 2007 verschlechtert.

„Es gibt eine Lösung, aber die Regierung spricht nicht mit uns, sie denken Suizid ist Teil einer kranken Einzelperson. Das ist falsch, Suizid ist die Handlung einer verzweifelten Gemeinschaft.“ Merle Carter

Wenn es jemals eine Zeit für Veränderung gab, jetzt ist sie da. Ein Weg führt über das kulturelle Selbstverständnis. So meint auch Joe Williams, ehemaliger indigener Rugby Spieler und Boxer, „durch die Verbindung mit der Kultur können wir die indigene Suizidrate reduzieren“.

Älteste der Warlpiri (Lajamanu, Northern Territory) versuchen jetzt, mit der App *Kurdiji 1.0* das traditionelle Wissen der Aboriginal People in die digitale Zeit zu übertragen. Mit dem *Black Dog Institute* entwickelten sie Australiens erste von einer indigenen Gemeinschaft geführte Suizid-Vorbeugungs-App. Das *Black Dog Institute* ist eine gemeinnützige Einrichtung in Sydney zur Diagnose, Behandlung und Prävention von Gemütsstörungen wie Depressionen oder bipolare Störungen. Seit 2005 wurde in Lajamanu kein Suizid mehr verzeichnet. *Kurdiji* bedeutet Schild bei den Warlpiri; die App soll Widerstandskraft aufbauen und den Selbstwert von Kindern steigern, ein Identitätsgefühl und Zugehörigkeit fördern, indem sie wieder mit der Aboriginal-Kultur, -Gemeinschaft und dem Land verbunden werden. Die App bringt Hoffnung. Sie bietet frühe Intervention und kann direkt zu den jungen Menschen gebracht werden.

6. Zusammenfassung

Das Leben der Aboriginals Australians ist häufig von großem Elend geprägt. Sie sterben durchschnittlich 15 Jahre jünger als nicht-indigene Australier. Diskriminierung und Rassismus gehören zum Alltag. Eines der Kennzeichen ist ein überproportional hoher Anteil an Häftlingen, denn sie werden für die gleichen Vergehen viel häufiger vor

Gericht gestellt als nicht-indigene Australier und müssen wegen Bagatelldelikte Haftstrafen auch häufiger antreten, weil sie die alternativ verhängten Geldstrafen nicht bezahlen können. Nach Angaben der dänischen Menschenrechtsorganisation IWGIA befinden sich 2.346 von 100.000 Aboriginal Australians in Haft, 13 Mal mehr als bei der nicht-indigenen Bevölkerung.

Der Staat ist gegenüber den Aboriginal Australians zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Premier Malcolm Turnbull lehnt Garantiemandate im Parlament für sie ab. Die Treaty-Now-Bewegung kämpft bislang vergeblich für einen Staatsvertrag zwischen den Aboriginal Australians und den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten sowie der australischen Bundesregierung. So ein Vertrag könnte die Landrechtsfrage und die Frage der Gewaltenteilung klären, denn die Aboriginal Australians haben niemals die Souveränität über ihr Land und die Bodenschätze abgetreten. Außerdem könnte er die Bedingungen für die Förderung von Rohstoffen festzulegen helfen und die Voraussetzungen schaffen für zweisprachige und bi-kulturelle Bildungsprogramme für indigene Kinder insbesondere in den abgelegenen Gemeinden, die kaum Zugang zum Bildungssystem haben.